

GENERALDIREKTION DIRECTION GÉNÉRALE DIREZIONE GENERALE

Bern, den 6. Oktober 1959

Persönlich

Herrn
Bundesrat Dr. T.F. Wahlen
Stellvertreter des Chefs
des PED

Herr Bundesrat,

Wir beehren uns, Thnen betreffend Konfessionszugehörigkeit der leitenden Beamten der PTT-Verwaltung bekanntzugeben, dass von den 113 in der 1.- 4.Bes.Kl. eingereihten Chefbeamten 91 protestantisch, 20 römisch-katholisch und 2 christ-katholisch sind. Da dieser Sachverhalt Anlass zu unrichtiger Interpretation geben könnte, bemerken wir dazu was folgt.

I. Chefbeamte im Sektor TT

Bei einem Anteil von nicht einmal 25 % am Gesamtpersonalbestand entfallen über 50 % der 113 Chefbeamtenpositionen auf den technisierten TT-Sektor. Zur Bekleidung der überwiegenden Mehrzahl dieser Chefpositionen ist wenn nicht Hochschul-, so doch Technikumsbildung unerlässlich. So wie die Industrialisierung (insbesondere Maschinenindustrie) vor allem in den reformierten Landesgegenden ihren Anfang nahm und auch hier zur Blüte kam, befinden sich auch die technischen Schulen mehrheitlich in diesen Landesgegenden. Eine Folge davon ist sicher, dass die Schweizer Ingenieure und Techniker mehrheitlich dem reformierten Bevölkerungsteil angehören. Bei Wahlen von technischen Spitzenfunktionären ist aus diesen Gegebenheiten heraus die Konfessionszugehörigkeit bis anhin nur ganz ausnahmsweise in Diskussion gezogen worden.



In Zukunft wird ein gewisser konfessioneller Ausgleich erfolgen, einmal, weil nun auch in katholischen Landesgegenden
technische Schulen gegründet wurden und noch werden sollen und sodann, weil die reformierten Städte eine recht erhebliche katholische
Zuwanderung aufweisen, die, auf lange Sicht gesehen, wohl zu einer
gewissen konfessionellen Umschichtung führen wird.

II. Chefbeamte im Sektor Post

1. Bei der Generaldirektion

Dass bei der Generaldirektion die Protestanten anteilsmässig übervertreten sind, rührt in erster Linie daher, weil es - wie wohl auch in der allgemeinen Bundesverwaltung - schwer hält, Leute aus allen Landesgegenden nach Bern zu verpflichten. Obwohl wir allen Beamten die gleichen Möglichkeiten bieten, in den Verwaltungsdienst bei der Generaldirektion einzutreten, sind es doch vorab die Berner und die Deutschschweizer aus dem Mittelland, die sich für unsere Stellen interessieren. Die Tessiner, die Beamten aus der welschen Schweiz und aus den Urkantonen ziehen erfahrungsgemäss eine Beschäftigung in ihrem Heimatkanton vor, auch wenn ihnen dort weniger Aufstiegsmöglichkeiten offenstehen.

2. Bei den Kreispostdirektionen

Den 11 Kreispostdirektoren sind 26'000 Postbetriebs-Bedienstete unterstellt. Dies macht es verständlich, dass in Personalkreisen, in der Oeffentlichkeit und bei den politischen Parteien der Besetzung dieser Posten grosse Bedeutung beigemessen wird. Es ist bei solchen Wahlen gegeben, dass den konfessionellen und in gewissen Kreisen auch den politischen Kräfteverhältnissen Rechnung getragen wird, soweit es die Bewerberliste gestattet. Dies geschieht bei paritätischen Verhältnissen, d.h. in Postkreisen, wo sich keine eindeutige Mehrheit der Bevölkerung zur reformierten oder zur katholischen Konfession bekennt, so, dass bei einer Neubesetzung der Direktorenstelle jeweils nach Möglichkeit zwischen den verschiedenen Richtungen abgewechselt wird. In ähnlicher Weise werden in den Postkreisen Luzern und Bellinzona, wo sich die konfessionelle Frage nicht stellt, die politischen Verhältnisse berücksichtigt (Katholisch-Konservative bzw. Konservativ-Christlichsoziale und Katoliken liberaler Richtung). Immerhin darf daraus aber nicht einfach eine Automatik entstehen;

in erster Linie fällt für die Wahl in Betracht, wer fachlich und charakterlich am geeignetsten erscheint und das Vertrauen der Vorgesetzten in jeder Hinsicht geniesst.

Abschliessend gestatten wir uns noch zu bemerken, dass wir bei der Rekrutierung von patentierten Postbeamten, aus welcher Personalgruppe die Kreispostdirektoren hervorgehen, darauf Bedacht nehmen, alle Landesgegenden und Konfessionen im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil zu berücksichtigen. Aus Gründen verschiedenster Art, insbesondere aber, weil fähigen jungen Leuten in den Städten Genf. Basel und Zürich in Handel und Industrie Angebote gemacht werden, mit denen wir nicht konkurrieren können, haben wir die grösste Mühe, in diesen Zentren patentierte Beamte zu rekrutieren. Den Bedarf der Grossstädte an patentiertem Beamten-Personal müssen wir daher vom Lande holen, wobei füglich erwähnt werden darf, dass in letzter Zeit aus diesen Verhältnissen heraus mehr Katholiken als Protestanten rekrutiert worden sind. So kommt es - um ein konkretes Beispiel zu nennen - dass die Kreispostdirektion Basel nicht in personelle Ungelegenheiten gerät, wenn die Basler-Truppen in den WK einrücken, aber Verstärkungen aus andern Postkreisen anfordern muss, wenn die Luzerner oder Solothurner aufgeboten werden. Die gleiche Situation haben wir in Genf, wo, weil sich die Genfer nicht für unsere Stellen interessieren, Walliser und Freiburger eingesetzt werden müssen. Durch diese ständigen Zuwanderungen aus andern Konfessionsgebieten ändert sich das konfessionelle Stärkeverhältnis in unsern reformierten Städten unaufhaltsam zugunsten der Katholiken. Bei den Chefpositionen wirkt sich das heute noch nicht aus, aber in 20 bis 30 Jahren werden wir bei gleicher Entwicklung wohl vor einer ganz andern Situation stehen.

DER GENERALDIREKTOR:

W. Minheir.